

Kämpfe, Martina

**Article**

## Polnische Wirtschaft trotz der Krise

Wirtschaft im Wandel

**Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

*Suggested Citation:* Kämpfe, Martina (2009) : Polnische Wirtschaft trotz der Krise, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 15, Iss. 12, pp. 498-505

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143772>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Polnische Wirtschaft trotz der Krise

Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen seit dem Herbst 2008 hat gezeigt, dass trotz eines Rückgangs der Nachfrage aus dem Ausland und der Abschwächung auf dem Binnenmarkt eine wirtschaftliche Rezession bislang ausgeblieben ist. Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten und der sich daraus entwickelnde globale wirtschaftliche Wachstumsrückgang haben zwar auch in Polen zu einer spürbaren Abschwächung der Expansion in allen Bereichen der Wirtschaft geführt, das Land scheint jedoch von der Krise nicht so hart getroffen zu sein wie andere Länder. Bislang jedenfalls ist das Ausmaß des Abschwungs im Vergleich zu den übrigen EU-Ländern deutlich geringer ausgefallen. Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts sind in den zurückliegenden vier Quartalen seit dem Beginn der Turbulenzen an den Finanzmärkten immerhin positiv geblieben, wenn auch die Expansion sehr viel schwächer verlief als in vergleichbaren Vorjahreszeiträumen und die Aussichten für einen wieder stärkeren Produktionsanstieg ungewiss erscheinen (vgl. Abbildung 1). Ursächlich für die positive Entwicklung waren die Nettoexporte, die 2009 bislang einen zunehmenden Wachstumsbeitrag leisteten und den Rückgang der Binnennachfrage mehr als kompensierten.

### ***Rückläufige Investitionen und schwacher Konsum lassen Inlandsnachfrage sinken***

Die Industrie, das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor haben unterschiedlich auf die schrumpfende Nachfrage reagiert. Der Produktionsrückgang war im Wesentlichen auf die Industrie konzentriert; am stärksten war hier das Verarbeitende Gewerbe betroffen: Die Textil- und Bekleidungsindustrie, der allgemeine Maschinenbau, der Kraftfahrzeugbau sowie die Chemische und die metallverarbeitende Industrie haben teilweise Umsatzeinbußen von bis zu 40% im Vorjahresvergleich hinnehmen müssen. Der Einbruch der Produktion begann bereits im zweiten Quartal 2008 mit einem empfindlichen Nachlassen der Auslandsnachfrage. Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen verschlechterte sich zunehmend, die Investitionen ließen in der Folge merklich nach und sanken schließlich – erstmals seit 2002 – real im späteren Verlauf. Im letzten Quartal 2008 spitzte sich die Lage zu, und in der

Folge brach auch der bis dahin noch funktionierende Binnenmarkt als Absatzmarkt ein. Besonders drastisch spürten dies die Investitionsgüterproduzenten.

Die Bauwirtschaft dagegen war mit Ausnahme des Wohnungsbaus weniger stark vom Umsatzrückgang betroffen (vgl. Abbildung 2). Offensichtlich wirkten sich hier öffentliche Investitionen, die verstärkt in den Ausbau der Infrastruktur, vor allem in den Straßenbau, geflossen sind, stabilisierend aus.

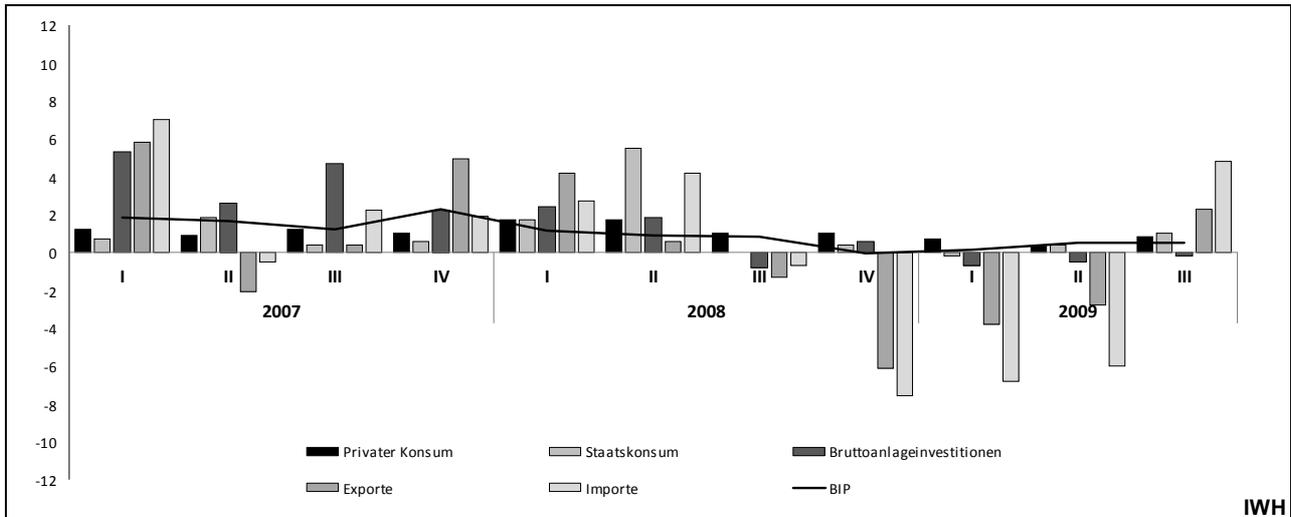
Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten ist stark zurückgegangen; er hat sich im Durchschnitt der Industrie zuletzt bei etwa 75% stabilisiert. In über der Hälfte der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes lag er jedoch darunter. Im dritten Quartal hat sich eine leichte Verbesserung abgezeichnet: Sowohl Produzenten, die für den Binnenmarkt produzieren, als auch Exporteure haben in Umfragen<sup>1</sup> ihre Absatzsituation besser als im Quartal davor eingeschätzt. Das betraf die einzelnen Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ebenso wie das Baugewerbe und den Verkehr. Der übermäßige Lageraufbau wurde gestoppt, vielfach hat auch die Produktionsauslastung wieder leicht zugenommen, der Investitionsrückgang hat sich abgeschwächt. Keine Entspannung ist vor allem bei Investitionsgüterproduzenten und den Unternehmen eingetreten, die fast ausschließlich für den Export produzieren. Für das vierte Quartal 2009 erwarten die Unternehmen eine weitere leichte Belebung der Investitionen. Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen beabsichtigt neben der Fortsetzung begonnener Objekte ebenso die Neuaufnahme von Investitionen. Der niedrige Auslastungsgrad wird allerdings noch einige Zeit für einen insgesamt recht geringen Investitionsbedarf sprechen.

Im Gegensatz zu den Investitionen war die Abschwächung des Konsums weniger stark ausgeprägt. Er ist in den ersten beiden Quartalen saisonbereinigt um 0,7% gewachsen – und damit nicht so stark wie im zweiten Halbjahr 2008; vor dem Hin-

---

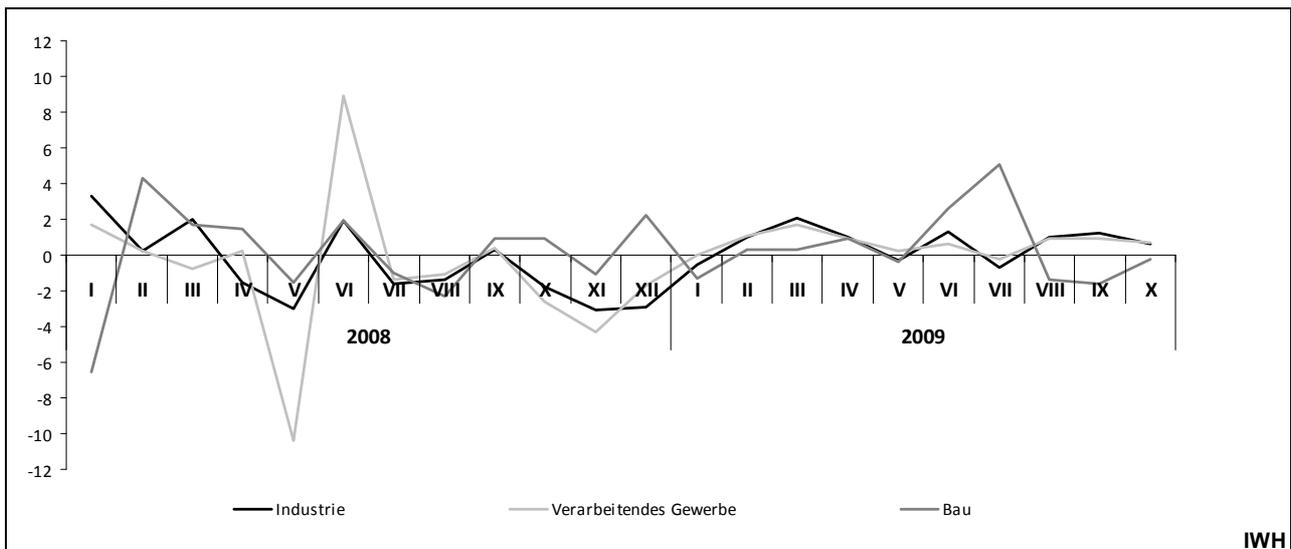
<sup>1</sup> Vgl. Umfragen der Nationalbank in: NBP: Informacja o kondycji sektora przedsiębiorstw ze szczególnym uwzględnieniem stanu koniunktury w III. kw. 2009. <http://www.nbp.pl/publikacje/koniunktura/raport3kw-2009.pdf>.

Abbildung 1:  
 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Verwendungskomponenten 2007 bis 2009  
 - saisonbereinigt; in % zum Vorquartal -



Quellen: Statistisches Amt Polen, 2009; Darstellung des IWH.

Abbildung 2:  
 Produktionsentwicklung (Industrie, Verarbeitendes Gewerbe, Bau) 2008 bis 2009  
 - saisonbereinigt; in % zum Vormonat -



Quellen: Statistisches Amt Polen, 2009; Darstellung des IWH.

tergrund der aktuellen Entwicklungen war er jedoch noch vergleichsweise kräftig und leistete einen wichtigen Beitrag zum Wachstum. Im weiteren Jahresverlauf hat sich die Nachfrage der privaten Haushalte zwar langsamer entwickelt als im Vorjahresvergleich, gegenüber dem Frühjahr 2009 legten die Einzelhandelsumsätze im Sommer jedoch wieder zu. Die Löhne als Hauptkomponenten des Einkommens haben im Vergleich zu den sehr kräftigen Steigerungen in den letzten Jahren nur

moderat zugelegt, sie blieben allerdings real noch positiv (vgl. Tabelle 3). Eine Ausnahme in der Einkommensentwicklung bilden Altersrenten und Transfereinkommen, die aufgrund von gesetzlichen Anpassungen mit der Entwicklung des Vorjahres mithielten bzw. leicht darüber lagen.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Auch 2010 werden die Bezüge laut Haushaltsgesetz um die letzte jahresdurchschnittliche Inflationsrate zuzüglich eines Aufschlags von 20% des letzten Anstiegs des realen Durchschnittslohns angehoben.

Tabelle 1:  
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Polen  
in den Jahren 2007 bis 2010

	2007	2008	2009	2010
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	6,8	4,9	1,2	1,8
Private Konsumausgaben	4,9	5,4	2,5	2,0
Staatskonsum	3,7	7,6	2,8	2,5
Anlageinvestitionen	17,6	8,2	-2,0	0,5
Exporte	9,1	7,2	-10	3,5
Importe	13,7	8,2	-15	1,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	2,5	4,2	3,5	2,7
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	9,6	7,1	8,5	10

<sup>a</sup> Arbeitslosenquote. Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2009 und 2010: Prognose des IWH.

Tabelle 2:  
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg  
des realen Bruttoinlandsprodukts  
- in Prozentpunkten -

	2007	2008	2009	2010
Konsumausgaben	3,8	4,6	2,2	1,2
Private Haushalte	3,0	3,2	1,6	1,8
Staat	0,8	1,4	0,6	0,4
Bruttoinvestitionen	5,1	1,0	-3,8	0,1
Anlageinvestitionen	3,4	1,8	-0,4	0,3
Inlandsnachfrage	8,9	5,6	-1,6	1,3
Außenbeitrag	-2,1	-0,7	2,8	0,5
Exporte	3,5	3,0	-3,0	1,0
Importe	-5,6	-3,7	5,8	-0,5
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	6,8	4,9	1,2	1,8

<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2009 und 2010: Prognose des IWH.

Auch die Verschlechterung der Kreditversorgung machte sich sowohl in den Unternehmen als auch in den privaten Haushalten bemerkbar. Mit der Verschärfung der Kreditkonditionen durch die Banken im Zuge der Krisenerscheinungen hat sich die Kreditexpansion stark verlangsamt, am deutlichsten bei den Wohnungsbaukrediten für private Haushalte und bei Immobilienkrediten für Unternehmen. Andere Kredite waren weniger stark betroffen. Insgesamt traf die Kreditverknappung vor allem die Unternehmen, während die Kredite für private Haushalte weiterhin expandierten. Die recht

Tabelle 3:  
Entwicklung der Löhne, Gehälter und Altersrenten  
2005 bis 2009  
- in % zum Vorjahr -

	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>a</sup>
Löhne/Gehälter insgesamt, nominal	3,8	4,9	7,9	10,2	5,4
Löhne/Gehälter insgesamt, real	1,8	4,0	5,5	6,0	2,0
Unternehmenssektor, nominal	3,2	5,1	9,3	10,3	4,4
öffentlicher Sektor, nominal	4,9	4,8	5,8	11,8	8,0
Altersrenten (außer Landwirtschaft), nominal	2,6	7,7	3,0	9,2	8,9
Altersrenten (Landwirtschaft), nominal	1,5	5,9	1,4	5,4	6,2

<sup>a</sup> Januar bis September 2009, teilweise Januar bis Oktober 2009.

Quelle: Statistisches Amt Polen, 2009.

umfangreich an Unternehmen und private Haushalte vergebenen Fremdwährungskredite waren bereits ab dem Herbst 2008 nur noch sehr eingeschränkt zu erhalten. Sie bilden ein besonderes Problem im Kreditgeschäft, da sich die Bedienung des Schuldendienstes aufgrund der starken Abwertung des Złoty (zwischen Oktober 2008 und März 2009 um etwa 30% gegenüber dem Euro) schwierig gestaltete. Die Vergabe derartiger Kredite ist in der Folgezeit stark eingeschränkt worden.

### ***Geringere Auslandsnachfrage trifft den Außenhandel ungebremst***

Bereits zur Jahresmitte 2008, als sich eine Abkühlung der Konjunktur in der Eurozone abzeichnete, war auch die Nachfrage nach polnischen Waren und Dienstleistungen spürbar betroffen. Der Außenhandel insgesamt verlief in diesen Monaten allerdings noch recht rege, da sich der Austausch mit den anderen Handelspartnern, vor allem den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern sowie Russland und der Ukraine, noch dynamisch gestaltete. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2008 sind auch die Gesamtexporte real gesunken. Dabei waren vor allem Vorleistungsgüter betroffen. Diese bilden eine große Gruppe von Waren, die im Handel eine immer wichtigere Rolle spielt. Ein großer Teil dieser Waren wird in Polen bearbeitet und anschließend weiter nach Osteuropa oder auch zurück in westeuropäische Länder exportiert. Die Nachfrage

nach Vorleistungsgütern reagiert sehr fragil auf Konjunktur- oder Preisschwankungen.

Da knapp 80% der Ausfuhren Polens in die EU-Länder gehen, verringerten sich die Exporte in diese Region mit der rückläufigen Nachfrage der importierenden Länder bis einschließlich September 2009 um etwa ein Fünftel (vgl. Tabelle 4).<sup>3</sup> Bei Exporten von landwirtschaftlichen Produkten, vor allem nach Osteuropa, aber auch bei Konsumgüterexporten waren die Absatzeinbußen nicht so gravierend. Zwar ist auch hier eine Anpassung an die veränderte Nachfrage eingetreten, etwa bei Automobilen, jedoch ist der erwartete Einbruch bislang – offensichtlich aufgrund der spezifischen Produktpalette – ausgeblieben.<sup>4</sup>

Zugleich hatte der Rückgang der Inlandsnachfrage Auswirkungen auf die Importe. Polnische Unternehmen haben in den letzten Jahren vor allem zwei Gütergruppen sehr rege aus Westeuropa importiert: Investitionsgüter im Zuge der Modernisierung sowie Vorleistungsgüter. Letztere wurden von polnischen Unternehmen wie überall in der EU im Zuge der konjunkturbedingten Produktionsdrosselung weniger nachgefragt. Sie waren also in beide Richtungen – sowohl bei Ex- als auch bei Importen – betroffen. Am geringsten veränderte sich hingegen auch bei den Importen die Konsumgüternachfrage.

Der Handel mit den anderen Regionen ist in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Mit den osteuropäischen Ländern außerhalb der EU, also vor allem mit Russland und der Ukraine, hat er sich in diesem Jahr aufgrund des realwirtschaftlichen Einbruchs in beiden Ländern erheblich verringert. Ein Teil des Handelsvolumens mit diesen Ländern ist allerdings schon in der Vergangenheit an asiatische Schwellenländer, vor allem an China und Südkorea, übergegangen. Die Region hat auch in diesem Jahr ihren Anteil am Gesamthandel noch vergrößern können.

Die Auslandsnachfrage wurde zum Herbst 2009 von führenden Exportunternehmen in Umfragen unverändert als schwach eingeschätzt, wenn auch

<sup>3</sup> Zunehmend waren auch die mittel- und osteuropäischen EU-Länder vom Konjunkturereintruch betroffen, sodass sich die Exporte in diese Region daraufhin ebenfalls stark verringerten.

<sup>4</sup> Der polnische Pkw-Export umfasst vor allem Kleinwagen, nach denen die Nachfrage aus Westeuropa nicht so stark gesunken ist.

Tabelle 4:  
Außenhandel Polens nach Regionen  
- auf Eurobasis, zu jeweiligen Preisen -

	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %			Anteil am Gesamthandel in %		
	2007	2008	I-IX 2009	2007	2008	I-IX 2009
Exporte						
Industrieländer <sup>a</sup>	14,9	12,7	-19,3	84,1	83,0	85,2
EU-27	15,7	12,6	-20,1	78,9	77,8	79,2
Deutschland	10,5	10,4	-17,7	25,9	25,0	26,3
Schwellenländer <sup>b</sup>	16,2	25,5	-16,1	6,1	6,7	7,2
übrige MOE-Länder <sup>c</sup>	24,2	19,3	-43,4	9,8	10,3	7,6
Russland	25,2	28,5	-44,8	4,6	5,2	3,7
Insgesamt	15,8	14,1	-21,6	100	100	100
Importe						
Industrieländer <sup>a</sup>	19,7	15,4	-30,5	71,1	69,3	68,8
EU-27	19,9	14,2	-30,7	64,2	61,9	61,4
Deutschland	19,6	13,2	-32,3	24,1	23,0	22,5
Schwellenländer <sup>b</sup>	26,1	23,2	-18,9	17,6	19,1	21,1
China	39,4	33,3	-14,2	7,1	8,1	9,2
übrige MOE-Länder <sup>c</sup>	8,2	29,7	-39,7	10,6	11,6	10,1
Russland	7,8	32,2	-37,9	8,7	9,7	8,6
Insgesamt	19,5	18,3	-29,5	100	100	100

<sup>a</sup> Kanada, USA, europäische Länder (außer den unter Schwellenländer und übrige MOE-Länder aufgelisteten), Australien, Neuseeland, Israel, Japan, Südafrika. – <sup>b</sup> Afrika (außer Südafrika), Mittel- und Südamerika, Asien (außer Japan). – <sup>c</sup> Albanien, Kroatien, Moldawien, Russland, Ukraine, Weißrussland. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Amt Polen; Berechnungen des IWH.

mit etwas besseren Aussichten für das vierte Quartal. Insgesamt wird der Außenhandel im Jahr 2009 sehr viel schwächer laufen. Der stärkere Rückgang der Importe gegenüber den Exporten hat das Defizit in der Handelsbilanz stark schrumpfen lassen; es betrug nach den Angaben der Zahlungsbilanzstatistik in den ersten neun Monaten knapp 2 Mrd. Euro (2008: 12,7 Mrd. Euro). Das Leistungsbilanzdefizit ist mit 1,5 Mrd. Euro im gleichen Zeitraum ebenfalls sehr viel geringer ausgefallen als in den Vorjahren (2008: 13,5 Mrd. Euro). Das seit Jahren bestehende Handelsbilanzdefizit mit den Ländern der alten EU (Eurozone) hat sich im betrachteten Zeitraum in einen Überschuss verwandelt; der Überschuss im Handel mit der gesamten EU ist weiter gewachsen. Dagegen ist der

Handel mit China weiterhin durch ein erhebliches Defizit gekennzeichnet; dieses liegt trotz eines niedrigeren Handelsniveaus in diesem Jahr mit nahezu 7 Mrd. Euro nach neun Monaten auf gleicher Höhe wie im Vorjahr.

### **Gelockerte Geldpolitik stützt Finanzmärkte und Konjunktur**

Die Geldpolitik befindet sich derzeit – wie in den meisten Ländern – auf einem wieder expansiveren Kurs. Noch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hatte die Zentralbank die Politik gestrafft, da sie ihr geldpolitisches Ziel – die Preisniveaustabilität – angesichts einer steigenden Inflation gefährdet sah.<sup>5</sup> Der Wechsel in der Politikausrichtung von der Preisniveausicherung hin zum vorrangigen Bemühen um die Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Geldversorgung wurde aufgrund der raschen globalen Verschlechterungen an den Finanzmärkten im Herbst 2008, die auch in Polen das Finanz- und Bankensystem zu destabilisieren drohten, notwendig.

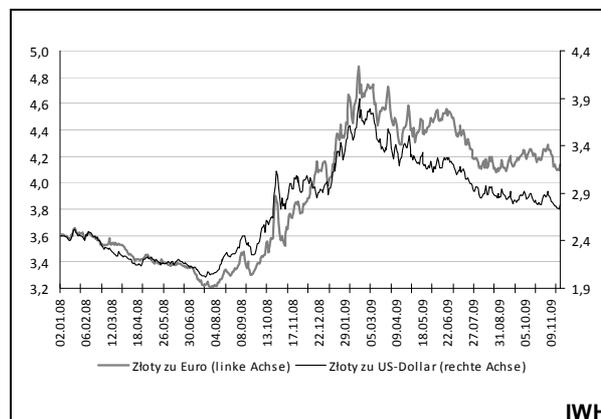
Die Zentralbank reagierte mit verschiedenen Maßnahmen zur Stützung des Interbankenmarktes, zur Verbesserung der Refinanzierungsgeschäfte und zur Liquiditätssteuerung, um die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern. Der Hauptrefinanzierungszins wurde zunächst in zwei Schritten von 6% auf 5% gesenkt.<sup>6</sup> Die Kreditexpansion blieb noch einige Zeit auf vergleichsweise hohem Niveau. Dies änderte sich, als ein Großteil der Banken kurze Zeit später die Kreditvergabestandards weiter verschärfte. Die Polnische Nationalbank verlängerte in den Folgemonaten ihre Maßnahmen vom Herbst 2008 zur Erweiterung der Refinanzierungsmöglichkeiten für die Geschäftsbanken. Auch den Refinanzierungssatz senkte sie weiter, insgesamt um nochmals 1,5 Prozentpunkte auf 3,5% im Juni dieses Jahres; der Mindestreservesatz wurde um einen halben Prozentpunkt auf 3% verringert. Im Zuge dieser Schritte verbesserte sich die Kredit-

<sup>5</sup> Das mittelfristige Inflationsziel der Zentralbank von 2,5% (+/- eines Prozentpunktes) wurde 2008 mit 4,2% im Jahresdurchschnitt deutlich übertroffen.

<sup>6</sup> Für Einzelheiten zur Situation der polnischen Finanzmärkte im Herbst 2008 und den geldpolitischen Reaktionen vgl. KÄMPFE, M.: Finanzmarktkrise belastet wirtschaftliche Entwicklung Polens, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2008, S. 447 ff.

versorgung. Die Kosten sowohl für kurz- als auch für längerfristige Kredite sanken im zweiten und dritten Quartal im Vergleich zu den Vorquartalen.

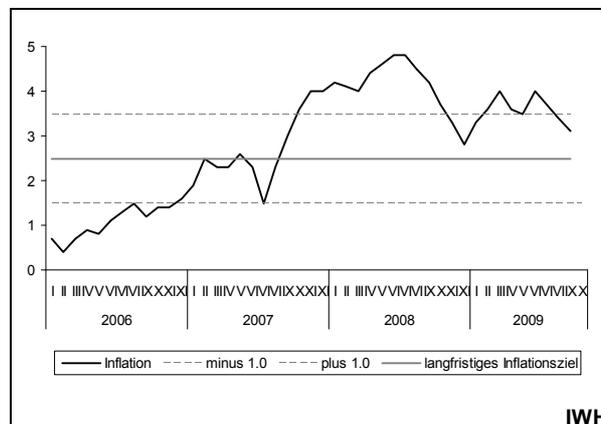
Abbildung 3:  
Wechselkurs des Złoty gegenüber dem Euro und dem US-Dollar  
- Januar 2008 bis November 2009 -



Quellen: Europäische Zentralbank und National Bank of Poland; Darstellung des IWH.

Die zentrale Herausforderung für die Notenbank, ihr mittelfristiges Inflationsziel im Blick zu behalten und ihre Maßnahmen an der Inflationsentwicklung zu orientieren, wird die Ausrichtung der Geldpolitik in den kommenden Monaten wieder stärker bestimmen. Der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus verharrte in diesem Jahr nach einer kurzen Abschwächung zum Jahresbeginn bei einer jahresdurchschnittlichen Rate um ca. 3,5% und lag damit am oberen Rand des Intervalls für das Zentralbankinflationsziel (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4:  
Entwicklung der Inflationsrate  
- Januar 2006 bis Oktober 2009 -



Quellen: Polnische Nationalbank; Darstellung des IWH.

Die Hartnäckigkeit der Inflation und ihr wieder stärkerer Anstieg in den letzten zwei Jahren waren neben den Preisentwicklungen an den Weltmärkten vor allem auch den wiederholten Preisschüben bei administrierten Preisen, insbesondere für Energie, der Anhebung von Verbrauchsteuern sowie dem vergleichsweise hohen Anstieg der Lebensmittelpreise<sup>7</sup> geschuldet; schließlich wirkte auch die kräftige Wechselkursabwertung des Złoty inflationstreibend (vgl. Abbildung 3). Im Oktober hat sich die Inflation wieder leicht abgeschwächt. Im kommenden Jahr werden die preistreibenden Faktoren eine deutlich geringere Wirkung haben, und die Preissteigerungsrate wird sich aufgrund des noch immer stark abgeschwächten konjunkturellen Wachstums langsamer entwickeln als noch in diesem Jahr. Die Nationalbank betonte mit Blick auf das nächste Jahr, dass ihr Inflationsziel möglichst nahe der 2,5%-Marke und nicht lediglich innerhalb des Schwankungsintervalls liegt. Nur eine möglichst zielgenaue Ausrichtung erlaube es, die Inflationserwartungen eng zu halten und dadurch ein übermäßiges Eingreifen der Zentralbank zu vermeiden.

### ***Konjunkturreinbruch und Folgen am Arbeitsmarkt lassen Budgetdefizit in die Höhe schießen***

Die Verringerung des Wirtschaftswachstums stellt die Finanzpolitik vor besondere Herausforderungen. Die Mindereinnahmen aus Steuern und Abgaben lassen in Verbindung mit zusätzlich beschlossenen Sondermaßnahmen zur Krisenbekämpfung den Fehlbetrag in den öffentlichen Haushalten ansteigen. Seit Jahren steht die Finanzpolitik in Polen unter einem besonderen Druck, da die Reformen der wesentlichen ausgabenträchtigen Bereiche, etwa der sozialen Sicherungssysteme, des Bildungssystems oder der Forschungsförderung, nicht in eine Gesamtstrategie für die nachhaltige Reform der öffentlichen Finanzen eingebettet worden waren. Reformbedingte Verminderungen der Einnahmen sowie steigende Ausgaben hatten ein übermäßiges Defizit in den öffentlichen Haushalten zur Folge. Für Polen als Land, das bislang noch nicht dem Euroraum angehört, wird die Einhaltung der Budgetdisziplin im Rahmen des jährlich aktualisierten

<sup>7</sup> Vor allem importierte Lebensmittel verteuerten sich durch die starke Wechselkursabwertung.

Konvergenzprogramms überwacht. Die mittelfristige Erfüllung des Haushaltskriteriums gestaltete sich schwierig. Zwar war es 2007 gelungen, das Defizit auf unter 3% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu senken, diese Entwicklung erwies sich jedoch als nicht nachhaltig, sondern war der damaligen kräftigen wirtschaftlichen Dynamik zu verdanken. Im Jahr 2008 wurde absehbar, dass der Haushalt wieder stärker ins Ungleichgewicht geraten würde. Die Regierung sah daher vor, die Mindereinnahmen durch außerordentliche Kürzungen bei den Ausgaben auszugleichen, was allerdings nicht erreicht wurde. Im Nachtragshaushalt für 2009 wurde nur ein geringfügig größeres Defizit angenommen und der Ausgleich des übrigen erhöhten Fehlbetrags erneut über Einzelmaßnahmen auf der Einnahmenseite sowie Beschränkungen der Ausgaben vorgesehen. Dabei waren die Finanzen der übrigen Gebietskörperschaften ebenso wie die außerbudgetären Sozialleistungsfonds noch nicht berücksichtigt, die vor allem infolge zunehmender Arbeitslosigkeit geringere Einnahmen und höhere Ausgaben zu verzeichnen haben würden.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr gewandelt: Während die Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 weiter gesunken war und mit knapp 7% im Herbst den niedrigsten Stand der letzten zehn Jahre erreicht hatte, stieg sie in den Folgemonaten um insgesamt 1,3 Prozentpunkte an. Der deutliche Rückgang der Arbeitsnachfrage wirkte sich 2009 bislang verzögert auf die Beschäftigung aus. Die Unternehmen waren bemüht, einen Teil ihres Personals zu halten, was durch spezifische Regelungen vom Sommer dieses Jahres ermöglicht wurde. Die Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung,<sup>8</sup> vor allem das Gesetz zur Abfederung der Folgen der Wirtschaftskrise,<sup>9</sup> haben den Arbeitsmarkt vorerst noch entlastet. Im kommenden Jahr wird die Arbeitsnachfrage jedoch zunächst weiter sinken, und die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich selbst bei einer leichten wirtschaftlichen Belebung noch zunehmen. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an-

<sup>8</sup> Beendigung der Frühverrentung; Förderprogramme „50 Plus“, „Besserer Start“ und „Zweite Chance“.

<sup>9</sup> Im Gesetz sind u. a. die Zahlung von Lohnzuschüssen an Unternehmen sowie die Förderung einer intensiven Nutzung von Arbeitszeitkonten und der flexibleren Befristung von Tätigkeiten vorgesehen.

Kasten:

Was Polen in der Krise von anderen EU-Ländern unterscheidet

Polens gesamtwirtschaftliche Entwicklung verläuft unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise besser als in anderen Ländern der Europäischen Union. Dafür können folgende Umstände eine erklärende Rolle spielen:

#### *1. Unterschiedliche Entwicklung der BIP-Komponenten*

Wie in fast allen mittel- und osteuropäischen Ländern trug auch in Polen in den vergangenen Jahren die Binnennachfrage ganz entscheidend zum Wachstum bei; der Außenbeitrag war gering oder negativ. In der jetzigen Krisensituation hat sich dieses Bild umgekehrt: Die Binnennachfrage hat sich abgeschwächt, der Außenbeitrag hat trotz niedrigerer Handelsaktivität zugenommen, da die Importe stärker zurückgingen als die Exporte. Der gestiegene Außenbeitrag, der das Wachstum gegenwärtig trägt, wird von der vergleichsweise wenig gesunkenen Binnennachfrage nur geringfügig geschmälert, da der Rückgang der privaten Investitionen durch den noch expandierenden Konsum teilweise kompensiert wird. In anderen Ländern ist hingegen auch die Binnennachfrage dramatisch eingebrochen.

#### *2. Geringere Exportquote am BIP*

Der Einbruch der ausländischen Nachfrage traf die polnische Exportindustrie zwar unmittelbar, vorrangig allerdings in bestimmten Gütergruppen. Der Anteil der Exporte am BIP ist in Polen mit 40% nur etwa halb so hoch wie in Ungarn, der Slowakei oder Tschechien; im Vergleich zu den baltischen Ländern sind es etwa zwei Drittel. Damit ist nur ein Teil der Unternehmen direkt betroffen, die anderen profitieren weiterhin vom Binnenmarkt, auf dem sich die Nachfrage, insbesondere nach Konsumgütern, nur vorübergehend stärker abgeschwächt hatte.

#### *3. Geringere Anfälligkeit des Finanzsektors*

Polen gehört zu den Ländern, in denen die inländische Kreditvergabe zu weniger als 50% von internationalen Banken bestimmt wird. Der vergleichsweise niedrige Anteil ausländischer Banken spricht für eine geringere Anfälligkeit des Finanzsektors gegenüber Krisen, da die Ansteckungsgefahr über den Weg der ausländischen Mutterbanken geringer ist. Die frühzeitige Umsetzung von Maßnahmenpaketen zur Stabilisierung des Finanzsektors, die von der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfonds unterstützt wurden, hat den Märkten zusätzlich Sicherheit signalisiert und somit größere Instabilitäten auf dem polnischen Finanzsektor verhindern können.

#### *4. Flexible Wechselkursanpassung*

Polen hat im Unterschied zu den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Ländern einen flexiblen Wechselkurs, mit dessen Hilfe es die Wirtschaft bei externen Schocks schützen kann. Eine nominale Abwertung der Währung, die Ausdruck einer solchen Anpassung ist, schlägt sich über die Preise vorrangig in der Inflationsrate nieder. Schocks müssen hier also nicht zwangsläufig zu einer Anpassung der Produktion führen.

steigt, was die Zahl der Arbeitslosen zusätzlich vergrößern kann.<sup>10</sup>

Das Haushaltsdefizit wird demzufolge 2009 und 2010 steigen. Schätzungen gehen je nach Grundlage der Entwicklung des BIP für 2009 von einer Höhe von etwa 6% (polnisches Finanz-

ministerium) bis 6,5% (Europäische Kommission) in Relation zum BIP aus. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes für das kommende Jahr sieht eine weitere Ausdehnung des Defizits vor. Damit rücken Pläne für eine mittelfristige Konvergenz Polens zum Euroraum in die Ferne. Polen unterliegt jedoch, wie alle EU-Mitgliedstaaten, der Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin, die eine solide, langfristig tragfähige Fiskalpolitik ermöglicht. Eine Strategie, die eine Zurücknahme des Expansionsgrads der Fiskalpolitik in mittlerer Frist eröffnet, erscheint daher unerlässlich. Als Termin für eine

<sup>10</sup> Dazu trägt neben dem allgemeinen demographischen Faktor vor allem das sinkende Ausmaß der Arbeitsmigration bei. Seit dem Beitritt zur EU ist ein Teil der polnischen Erwerbspersonen aus dem Ausland zurückgekehrt; zugleich sinkt die Zahl der zu Erwerbszwecken ins Ausland reisenden Personen.

Rückführung des Defizits auf unter 3% sieht die EU-Kommission gemäß dem im Juli 2009 eingeleiteten Defizitverfahren gegenüber Polen das Jahr 2012 vor.<sup>11</sup>

***Ungewisse Aussichten für eine rasche, deutliche Erholung der Wirtschaft rücken Euro-Einführung in die Ferne***

Seit dem Sommer 2009 hat sich die Lage international etwas entspannt. Der Rückgang des weltweiten Handelsumsatzes verlangsamte sich deutlich, im Herbst nahm der Welthandel sogar wieder zu. Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den größten Volkswirtschaften der Eurozone, vor allem jedoch in den Schwellenländern Asiens, fielen höher aus als erwartet. Dem entspricht eine Stimmungsaufhellung bei den Unternehmen, wie sie etwa in Befragungen vom Oktober dieses Jahres zum Ausdruck kommt.<sup>12</sup> Demnach schätzten mehr Unternehmen als zuvor ihre Absatzaussichten für das vierte Quartal positiver ein – sowohl Unternehmen, die für den Binnenmarkt produzieren, als auch Exportunternehmen. Öfter als zuvor beabsichtigten die Unternehmen, begonnene Investitionsprojekte fortzuführen oder neue Projekte zu beginnen. Eine grundlegende Verbesserung wird aber wohl erst dann eintreten, wenn sich in der Eurozone eine Konjunkturbelebung abzeichnet. Die Aussichten dafür haben sich in der letzten Zeit verbessert, sie sind allerdings immer noch ungewiss.

Angesichts dieser Unsicherheiten scheint man sich in Polen nicht mehr auf ein konkretes Datum für die Übernahme des Euro als Zahlungsmittel festlegen zu wollen. Im Oktober kam das Finanzministerium in einer Untersuchung zur nominalen Konvergenz zu der Feststellung, Polen erfülle zurzeit lediglich das Konvergenzkriterium der langfristigen Zinsen, während sich bei allen anderen Kriterien (Preisniveaustabilität, Finanzlage der öffentlichen Hand, Wechselkursschwankungen) der Abstand zum jeweiligen Referenzwert in den letzten Monaten vergrößert habe. Eine detaillierte Un-

tersuchung aller Kriterien mit einem internationalen Vergleich erscheint seit August 2009 monatlich in einer neuen Publikation des Finanzministeriums.<sup>13</sup> Einer darin zitierten Umfrage der Agentur Reuters zufolge rechnen Marktanalysten mit der Euro-Einführung nunmehr frühestens im Jahr 2013, die Pessimisten unter ihnen eher erst im Jahr 2015. Auch die polnische Regierung ist von ihrem selbstgesteckten Ziel, dem Jahr 2012, abgegangen und äußert nun kein konkretes Datum mehr. Demgegenüber vertritt die Nationalbank unverändert ihren Standpunkt von einem schnellstmöglichen Beitritt Polens zum Wechselkursmechanismus II und nachfolgend zur Eurozone, wobei sie als Voraussetzungen die breite politische Unterstützung der Euro-Einführung und die dafür erforderlichen juristischen Anpassungen für maßgeblich hält.

*Martina Kämpfe*  
(*Martina.Kaempfe@iwh-halle.de*)

---

<sup>11</sup> Vgl. Report from the Commission in Accordance with Article 104(3) of the Treaty – Poland. Brussels, SEC (2009) 650 vom 13.05.2009.

<sup>12</sup> Vgl. NBP: Informacja o kondycji sektora przedsiębiorstw ze szczególnym uwzględnieniem stanu koniunktury w III kw. 2009, a. a. O.

---

<sup>13</sup> Vgl. Monitor konwergencji nominalnej w UE 27, No 3/2009, S. 1.